

**Vereinbarung
über eine Zusammenarbeit zwischen
CDU-Fraktion und GRÜNER-Fraktion
im Rat der Stadt Essen
in der Wahlperiode 2004 bis 2009**

Inhalt:

Präambel	2
Haushalt/Finanzen, Personal	3
Kinder- und Jugendpolitik	4
Kultur	6
Sportpolitik	8
Umwelt, Grün und Gruga.....	10
Stadtplanung & Stadtentwicklung	12
Verkehr	15
Schulpolitik	17
Soziales, Gesundheit, Senioren/ Seniorinnen und Behinderte	19
Arbeit und Wirtschaft.....	22
Frauen.....	23
Ordnungspolitik.....	24
Integration und Zuwanderung	25
Generelle Verfahrensfragen	27

Präambel

Die Essener Bürgerinnen und Bürger haben bei der Kommunalwahl im September 2004 eine CDU – GRÜN geführte Stadtpolitik zu einer der wenigen realisierbaren Varianten gemacht.

Seitdem ab Herbst 1999 erstmals seit 43 Jahren die Stadt nicht mehr von einer absoluten SPD-Mehrheit regiert wird, arbeiten sowohl CDU als auch GRÜNE daran, dass sich ein deutlich anderer Politikstil in Essen herausbildet, der durch transparentes, offenes und bürgerorientiertes Handeln bestimmt ist.

Aus dieser Offenheit folgte eine wachsende Zusammenarbeit im Rat. Hieraus hat sich ein vertrauensvolles Arbeitsverhältnis zwischen vielen handelnden Personen in unseren Fraktionen entwickelt.

Mögliche Berührungsängste haben wir in den vergangenen Jahren hinter uns gelassen und gehen zuversichtlich in die Zusammenarbeit für die nächsten Jahre.

Wir wissen, dass wir uns in finanziell so schwierigen Zeiten bewegen, dass man nahezu von einer Katastrophe sprechen kann. Auch an dieser Stelle sprechen wir uns daher für eine Gemeindefinanzreform aus, die es den Städten ermöglicht, eine solide Finanzpolitik zu betreiben. Dazu gehört auch, dass die Hilfen des Staates nicht ausschließlich nach regionalen Gesichtspunkten, sondern unter Berücksichtigung der tatsächlichen Lage der Kommunen verteilt werden.

Wir werden den Sparkurs fortsetzen, ohne allerdings die Stadt „kaputtzusparen“.

Seit langem sind wir uns einig, dass wir uns vom Kirchturmdenken im Ruhrgebiet verabschieden wollen. Die aktuelle Bewerbung als Kulturhauptstadt belegt – wie viele andere Beispiele aus den vergangenen Jahren – die zunehmende Bedeutung und Bereitschaft zu regionaler Kooperation, die von einem gerechten Geben und Nehmen lebt. Die Stadt Essen wird aktiv auf die Nachbarstädte zugehen, um Kooperationen zu fördern, z.B. ein von allen Nachbarstädten getragenes regionales Einzelhandelskonzept. Für eine gemeinsame Entwicklung des Ruhrgebietes ist eine regionale Flächennutzungsplanung notwendig, hierzu werden wir Maßnahmen und Instrumente entwickeln. Dafür braucht das Ruhrgebiet eine Mittelinstanz (z.B. den RVR).

Offenheit und Transparenz werden Richtschnur unseres Handelns sein. Uns liegt viel daran, das Zustandekommen politischer Entscheidungen verständlich zu machen und Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Auch die Sicherstellung der Transparenz von Entscheidungen bei städtischen Beteiligungsgesellschaften ist uns wichtig.

Haushalt/Finanzen, Personal

Politik für die Menschen vor Ort ist nur möglich, wenn die Stadt handlungsfähig und finanzkräftig ist. Hier haben Bund und Länder in den vergangenen Jahren die Finanzausstattung der Gemeinden vernachlässigt.

Wir setzen uns für eine Gemeindefinanzreform ein, die der Stadt Essen dauerhafte, verlässliche und stetige Einnahmen sichert. Nur so kann die enorme Verschuldung der Stadt mit ihren verheerenden Auswirkungen gestoppt werden.

Uns ist klar, dass aus eigener Kraft kurzfristig kein Haushaltsausgleich zu erzielen ist, ein „Kaputtsparen“ der Stadt insgesamt aber auch nicht weiterhilft. Wir werden vor diesem Hintergrund eine solide Haushaltsführung betreiben, d.h. den bisherigen vereinbarten Konsolidierungsrahmen einhalten, aber auch erforderliche Umschichtungen innerhalb dieses Rahmens vornehmen.

Basis einer ehrlichen soliden Haushaltsführung ist Transparenz. Wir wollen einen transparenten Haushalt. Dazu gehört auch, dass die Bürger und Bürgerinnen ihn verstehen und sich angemessen beteiligen und einbringen können (z. B. Bürger und Bürgerinnenhaushalt). Daran werden wir gemeinsam arbeiten. Transparenz ist auch gefragt, wo die Stadt Essen an Unternehmen beteiligt ist, wir werden den eingeschlagenen Weg der Ziel- und Leistungsvereinbarungen weitergehen, wir setzen gleiche Standards für alle Bereiche.

Der öffentlich rechtliche Charakter der Sparkasse bleibt gewahrt. Eine (Teil-) Privatisierung wird abgelehnt. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit von Sparkassen durch Kooperationen oder Fusionen ist denkbar, allerdings an nachvollziehbare Wirtschaftlichkeitsanalysen und eine angemessene Beteiligung der Personalvertretung zu binden.

Wir setzen uns für eine Veröffentlichung der Vorstands-, GF- und Aufsichtsratsbezüge bei städt. Gesellschaften ein.

Beförderungssperre

Die Personalsituation bei der Stadtverwaltung wird zurzeit extrem belastet durch eine rigide Vorgabe des Innenministeriums zur Beförderungssperre der Beamten und Beamtinnen. Eine Beförderungssperre ist kein wirksames Mittel für eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung. Der entstehende Motivationsverlust und die fehlenden personalplanerischen Möglichkeiten kosten die Stadt ein Vielfaches des Betrages, der vordergründig eingespart wird. Wir setzen uns für eine deutliche Aufweichung und geschlechtergerechte Umsetzung ein, die den betroffenen Beamtinnen und Beamten eine klare zeitliche Perspektive gibt.

Personalmanagement

Wir wollen flexible Arbeitszeitmodelle in allen städtischen Bereichen / auch Beteiligungsgesellschaften prüfen, sichern und ggf. ausbauen.

Kinder- und Jugendpolitik

Kinderbericht

Wir haben uns das Ziel gesetzt, die Entwicklungschancen von Kindern in Essen nachhaltig zu sichern und insbesondere die Situation von Kindern aus sozial benachteiligten Familien zu verbessern. Unverzichtbare Voraussetzung hierfür ist ein regelmäßiger fundierter Kinderbericht.

Die im Kinderbericht zusammengefassten Informationen bilden die Grundlage für die Entwicklung von Handlungsempfehlungen, die geeignet sind, wirksame Armutsbekämpfungs-Strategien zu begründen.

Kinderbetreuung

Wir wollen die strukturelle Situation von Kindern verbessern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir die Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder in den Kitas und die Tagespflege ausbauen. Außerdem muss die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz für drei- bis sechsjährige Kinder im ganzen Stadtgebiet sichergestellt werden – hier wollen wir vor allem die Unterversorgung von Kindern im Essener Norden reduzieren. In diesem Zusammenhang ist es uns besonders wichtig, Kindertagesstätten mit einem interkulturellen Konzept zu unterstützen. Neben der systematischen Förderung der deutschen Sprache in den Kindertageseinrichtungen ist - ausgehend vom derzeitigen Stand der Forschung - die angemessene Förderung der Muttersprache zum leichteren Erlernen der deutschen Sprache wichtig. Im Bereich der Primarstufe – und perspektivisch auch der Sekundarstufe I – werden wir in intensiver Kooperation mit den Einrichtungen der Jugendhilfe im Umfeld der Schulen die Betreuungsplätze an Ganztagschulen ausbauen.

Kinder in Bewegung bringen

Bei der Umsetzung des Projekts „Kinder in Bewegung bringen“ möchten wir durch leicht erreichbare Sport- und Spielangebote in den Wohnquartieren und in Spielstraßen motorische Leistungsschwächen abbauen, wobei wir auch Schulhöfe und Schulsportanlagen mit einbeziehen werden. Darüber hinaus sollen die Spielangebote in der Innenstadt weiterentwickelt und die Aufenthaltsqualität dort für Kinder und Erwachsene verbessert werden.

Kinder- und Jugendarbeit

Gerade in Zeiten knapper Kassen gilt es, jugendverbandliche Strukturen zu stärken, die Kooperation von Jugendeinrichtungen mit Schulen auszubauen und den Jugendhilfeförderplan mit dem Ziel zu überarbeiten, eine zeitgemäße und zielgruppenorientierte Angebotsstruktur zu sichern. Hierzu gehört sowohl ein wohnortnahes Angebot für Kinder als auch eine deutliche Profilbildung der Freizeiteinrichtungen für Jugendliche, die den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht wird.

Der mögliche Neubau eines Jugendzentrums wird unter Berücksichtigung der Finanzlage, des Zustandes des JZ Papestraße, im Hinblick auf Standort (auch zentral/ dezentral) und Gesamtkonzept analysiert.

Jugendsozialarbeit

Wer die Chancen von jungen Menschen aus sozial benachteiligten Familien verbessern möchte, später ein selbstbestimmtes Leben in finanzieller Unabhängigkeit führen zu können, muss Beschäftigungsförderung und Qualifizierung von Jugendlichen einen hohen Stellenwert einräumen. Wir wollen den Übergang von der Schule in den Beruf durch Aus- und Aufbau einer schulbezogenen, qualifizierten Jugendsozialarbeit verbessern. Hierzu muss das differenzierte und qualifizierte Netz der Jugendberufshilfe erhalten werden, die im Rahmen eines flächendeckenden Programms insbesondere mit den Haupt- und Sonderschulen, aber auch mit den Gesamtschulen Angebote für benachteiligte Jugendliche entwickeln soll.

Familien in Essen

Neben dem Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unterschiedlichen Alters ist es uns ein zentrales Anliegen, Eltern/Erziehende in ihrer Erziehungskompetenz zu unterstützen und zu stärken. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die Formen des Zusammenlebens mit Kindern in unserer Gesellschaft vielfältiger werden. Der Begriff „Familie“ bezieht sich demzufolge auf alle Lebensgemeinschaften, in denen Kinder leben. Durch den Ausbau bzw. Aufbau von sogenannten Kinder- und Familienzentren in jedem Stadtbezirk wollen wir dezentrale Beratungsangebote für Fragen der Erziehung, Ernährung und Gesundheit schaffen. Durch die Zusammenarbeit mit Institutionen wie Familienbildungsstätten, (Geburts-)Kliniken, Kinderärzten, Ernährungsberatern und dem Allgemeinen Sozialen Dienst der Stadt soll ein Ansatz integrativer Familienarbeit verwirklicht werden, in dem Eltern in die Bildungs- und Entwicklungsprozesse ihrer Kinder direkt mit einbezogen und sie selbst als Experten und Expertinnen und erste Erziehungsperson ihrer Kinder ernst genommen werden. Geeignete Orte für die Ansiedlung eines Familienzentrums können Kindertageseinrichtungen, Schulen, Jugendeinrichtungen, Bürgerzentren oder auch Stadtteilläden sein.

Soziale Rathäuser

Von dem Konzept der „Sozialen Rathäuser“, die künftig unterschiedliche soziale Hilfen „aus einer Hand“ anbieten werden, profitieren auch Kinder und Jugendliche: Die Akteure der Jugend- und Sozialarbeit im Stadtteil agieren als Partner und werden insbesondere die Freien Träger der Jugend- und Wohlfahrtspflege verbindlich in ihre Arbeit einbeziehen. Dieser ganzheitliche Ansatz wird dazu beitragen, für Kinder bzw. Familien in Problemsituationen frühzeitigere und effektivere Hilfen anbieten zu können.

Kinder & Gesundheit

Ernährung und Bewegung kommt im Rahmen der Gesundheitserziehung eine hohe Bedeutung zu – sie sollen deshalb verstärkt in Kindertagesstätten, Jugendverbänden, Vereinen und Schulen thematisiert werden. Hierzu müssen LehrerInnen und ErzieherInnen entsprechend qualifiziert werden.

Um Behinderungen bzw. Defizite bei Kindern frühzeitig zu verhindern bzw. beheben zu können, ist die Einrichtung einer mobilen, heilpädagogischen Frühförderstelle in Zusammenarbeit von Jugendamt und Sozialpädiatrischem Zentrum erforderlich.

Auch die Suchtprävention gilt es zu optimieren: Immer früher und immer häufiger greifen Jugendliche zu Drogen, Tabak und Alkohol. Wir möchten die Aufklärung über Drogen innerhalb der Peer-groups optimieren, indem im Rahmen eines Modellprojekts Jugendliche zu Multiplikatoren ausgebildet und begleitet werden.

Inhaltliche Einigung, aber Finanzierungsvorbehalt

- z.B. dauerhafte Sicherung des Café Vielfalt, Café Basis, Fun-Box Amalie
- Prüfung der Wiedereinführung des Jugendfreizeitpasses für ALG-II-beziehende Jugendliche außerhalb von Bedarfsgemeinschaften (ermäßigter Eintritt für Sport- und Freizeitanlagen, ÖPNV-Tickets etc.).

Kultur

Kultur und Kulturförderung sind für CDU und Grüne keine freiwillige Aufgabe der Kommune. Kultur und Kulturförderung sind vielmehr unverzichtbarer Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge. Das zukünftige Profil der Kultur in Essen wird bestimmt vom Strukturwandel im Ruhrgebiet und vom wachsenden Bewusstsein der Region. Als zentrale Stadt des Ruhrgebiets übernimmt Essen darin eine besondere Aufgabe. Die Qualität und Vielfalt des Angebots sind ein wichtiger Standortfaktor, kulturelle Bildung und kulturelle Teilhabe zugleich Motor sozialer Integration. Mit Blick auf die Finanzlage nehmen eine planvolle Kulturentwicklung und das Stärken bürgerschaftlichen Engagements eine besondere Bedeutung ein. Die CDU und die GRÜNEN haben sich auf die nachfolgend beschriebenen Eckpunkte ihrer gemeinsamen kulturpolitischen Arbeit verständigt:

Kultureinrichtungen

Das Aalto Musiktheater, das Aalto Ballett und das Grillo-Theater sind ebenso Markenzeichen der Stadt wie die vielfältigen freien Kultureinrichtungen. Mit der neuen Philharmonie hat die Stadt die Aufgabe übernommen, das Konzerthaus-Management als eigene Sparte der Theater und Philharmonie angemessen auszustatten.

Die Kulturinstitutionen in der Stadt sind gemessen an ihrem öffentlichen Auftrag und ihrer Bedeutung gleich zu behandeln, unabhängig davon, ob sie in stadteigener Regie oder als eigenständige Institutionen betrieben werden. Der Erhalt, die Sicherung und die Weiterentwicklung der urbanen und vielfältigen städtischen Kulturlandschaft sind gerade angesichts der Kulturhauptstadtbewerbung von hoher Bedeutung.

Alle mit städtischen Mitteln geförderten oder betriebenen Einrichtungen haben sich der Diskussion um die Erfüllung des öffentlichen Auftrages und seinen qualitativen Kriterien zu stellen. Wir werden nicht die eine gegen die andere Kultureinrichtung ausspielen. Es wird kein Wachstum nur eines Kulturbereichs geben können. Wachstum (Finanzvorbehalt) des Kulturetats kann nur gerecht erfolgen.

Die städtischen und kommunal geförderten Kultureinrichtungen in der Stadt werden in einem umfassenden Evaluationsprozess überprüft. Um einer weiteren Erhöhung des städtischen Anteils bei den großen stadteigenen Kultureinrichtungen gegenzusteuern, sind alle sinnvollen Möglichkeiten der Kostensenkung zu prüfen. Angestrebt wird eine Optimierung der Betriebsstruktur und die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit, z. B. durch Ausgliederung der technischen Betriebe und durch Kooperation. Ein Umbau des Kulissenhauses mit dem Ziel der Verbesserung der Betriebsstruktur ist nur mit einem privaten Investor zu realisieren.

Die Förderungsrichtlinien für freie Kultureinrichtungen werden insbesondere mit dem Ziel einer flexibleren Mittelbewirtschaftung überprüft.

Für die geplante Überleitung des Ruhrlandmuseums in das Ruhr Museum auf Zollverein ist ein regionaler Finanzierungsplan zu erstellen. Die Stadt wird sich mit der Einbringung der Sammlung und einem Betriebskostenzuschuss in Höhe der derzeitigen Kosten für das Ruhrlandmuseum beteiligen. Die nötigen Depotflächen sollen auf dem Gelände Zollverein geschaffen werden. Dazu ist u.a. die Entwicklung eines Depotflächenplans (für alle Museen/ Bedarfe) erforderlich, der eine zusätzliche finanzielle Belastung der Stadt ausschließt.

Der frei werdende Anbau am Museumszentrum soll durch das Folkwang Museum genutzt werden, um der wertvollen Sammlung eine angemessene Ausstellungsfläche zu geben. Ein Umbau oder Teil-Neubau kann nur mit Hilfe privater Förderer erfolgen.

Die Umsetzung des Plans, das Deutsche Plakatmuseum in Zukunft in der Halle 6 Zollverein unterzubringen, setzt die Klärung der Standards und daraus folgend der Investitions- und Mietkosten voraus. Zur Senkung der Betriebskosten soll eine Depotlösung auf Zollverein geprüft werden (vgl. Ausführungen zu Ruhr Museum).

Das Stadtarchiv soll in der Luisenschule als „Haus der Essener Geschichte“ einen neuen Standort erhalten und die stadtgeschichtlichen Sammlungen sowie die geplante Ausstellung „Essen im Nationalsozialismus“ aufnehmen. Die geplante Kooperation mit dem His-

torischen Verein und den Geschichtsvereinen eröffnet neue Möglichkeiten historischer Bildungsarbeit.

Die begonnene Renovierung von Schloss Borbeck soll als Maßnahme der Arbeitsförderung / Essener Konsens im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten fortgesetzt werden. Um den Betrieb des Kultur- und Bürgerzentrum wirtschaftlicher zu gestalten, sollen neue Betriebsformen unter bürgerschaftlicher Beteiligung geprüft werden. Außerdem sind genügend Parkplätze in unmittelbarer Nähe, mit ökologisch geringstmöglicher Beeinträchtigung, zu schaffen.

Kulturförderung

Die städtische Kulturförderung soll die Vielfalt und die Qualität der kulturellen Angebote vor allem auch in den Stadtteilen sichern, die kulturelle Breitenarbeit fördern und der veränderten Bevölkerungsstruktur Rechnung tragen. Um einen wirksamen Mitteleinsatz zu erreichen, soll auf der Basis einer Bestands- und Wirkungsanalyse ein Förderkonzept im Sinne eines Kulturentwicklungsplans erarbeitet werden. Dabei sollen interkulturelle Angebote und Projekte Berücksichtigung finden.

Eine besondere Bedeutung für ein reiches Veranstaltungsprofil kommt den stadtteilbezogenen kulturellen und soziokulturellen Zentren in freier Trägerschaft, wie z.B. Grend, Zeche Carl, Forum Kreuzeskirche, Bürgermeisterhaus Werden und Katakomben zu. Die finanzielle Förderung freier Träger und Vereine wird durch die Beratung und Kooperation mit dem Kulturbüro und dem Kulturbeirat ergänzt. Um die Zusammenarbeit zu verbessern, sollen die Beratungs- und Arbeitsstrukturen überprüft und Möglichkeiten der Projektförderung transparent gemacht werden. Dazu sollen ein regelmäßiger Bericht über die Verfügbarkeit von Stiftungsmitteln sowie die Herausgabe eines Stiftungsführers und Förderratgebers, und die Beteiligung des Kulturbeirats bei der Beratung der Kulturförderung beitragen. Der bestehende „Pool“ zur Förderung der freien Träger wird auch künftig gesichert und weiterentwickelt.

Eine Zukunftsaufgabe ist die bessere Integration von Zollverein in den Stadtteil. Dazu sollen Kulturangebote in der Regie des Kulturbüros (Halle 12) einen Beitrag leisten. Das Choreographische Zentrum / PACT erfährt vor allem überregionale Aufmerksamkeit. Daher soll die Weiterentwicklung zu einer regionalen Trägerschaft geprüft werden, um die Einrichtung zu sichern und die Stadt finanziell zu entlasten.

Kulturelle Bildung

Stadtteilbezogene Kulturarbeit und musische Bildung müssen in Kindergärten und Schulen und vor allem im Bereich der offenen Ganztagschulen und in Stadtteilen mit geringerer Bildungsbeteiligung zusammenwirken, um stadtweit ein bedarfsgerechtes kulturelles Angebot für Kinder und Jugendliche zu weiterzuentwickeln.

Dazu sollen das Konzept Schulkulturarbeit der Folkwang Musikschule und das zusammen mit Lernwelt Essen angestrebte kulturelle Netzwerk von Schulen, Musikschulen, Theatern und Kunstschaffenden weiter entwickelt werden.

Die Stadtteilbibliotheken leisten einen wichtigen Beitrag in der Leseförderung und Medienkompetenz. Der Ausbau von Mediotheken auf der Grundlage des neuen Bibliothekskonzepts soll fortgesetzt werden.

Neue Anreize zu kultureller und künstlerischer Betätigung, wie die Schaffung eines Künstlerinnen-Nachwuchspreises, sollen die Wahrnehmung von Frauenkultur steigern.

Regionalisierung

Mit der Entwicklung von Zollverein und der Bewerbung des Ruhrgebiets als Kulturhauptstadt Europas übernimmt Essen Verantwortung für die Region. Dazu sind die Entwicklung einer Konzeption Kulturhauptstadt und der Aufbau von Strukturen regionaler Zusammenarbeit unumgänglich.

Sportpolitik

Wir sind uns einig, dass vielfältige Sportangebote nicht nur im Rahmen der Freizeitgestaltung, sondern auch für die gesundheitliche Entwicklung der Menschen von großer Bedeutung sind. Eine wichtige Aufgabe der Kommunalpolitik besteht deshalb darin, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Bürgern und Bürgerinnen in dieser Stadt ein breites Sport- und Freizeitangebot unterbreiten zu können. Folgende Maßnahmen sollen dazu beitragen:

Bedarfsgerechte Sportplanung

CDU und GRÜNE wollen einen Masterplan für die Bereiche Sport, Bäder bzw. Freizeit entwickeln lassen, um aktuelle Entwicklungen aufzugreifen und veränderten Anforderungen gerecht zu werden.

Kernpunkte eines solchen Plans sollen sein:

- Regionale und lokale Erfassung der Sportbereiche in den Bezirken.
- Schwerpunkte künftiger Sportangebote erkennen und auf sich verändernde Bedürfnisse reagieren
- Sportangebote auf Vereins- und Bevölkerungsentwicklung abstimmen.
- alters- und geschlechtsspezifische Analyse für Sportanlagenbedarf
- Bäderpolitik
Moratorium: Status quo bleibt erhalten. Es wird keinen weiteren Eingriff in die Bäderlandschaft geben. Die weitere Entwicklung der Essener Bäder wird sich aus der Umsetzung des Masterplans Sport ergeben.
- Fun Box Projekt (Unterstützung prüfen, wegen hoher Bedeutung für die Jugendarbeit)

Großanlagen

CDU und GRÜNE unterstützen den Neubau eines Stadions von RWE an der Hafenstraße unter der Maßgabe des Ratsbeschlusses von Mai 2004. Stadt und Verein erarbeiten in diesem Zusammenhang,

- ein Verkehrskonzept und ein Sicherheitskonzept,
- ferner soll die Fanarbeit des Vereins von der Stadt Essen zusätzlich durch eine Antirassismuskonzeption unterstützt werden, z.B. durch verbesserte Öffentlichkeitsarbeit und durch Prominentenaufrufe.

Raumerstraße wird zum kinder- und familienfreundlichen Sportpark umgebaut

Sanierung der Eishalle-West wird weiter vorangetrieben

Eine Finanzierung soll unter Beteiligung Dritter sichergestellt werden

Generelle Standards an Sportanlagen

Sportanlagen auf Behindertenfreundlichkeit untersuchen
(Verbesserungen, Kosten, Machbarkeit, Bedarfsanalyse auch im Zusammenhang mit Behindertenverbänden und -vereinen)

Allgemeine Überprüfung der Sportanlagen

- Anbindung ÖPNV
- Verkehrszu- und -ablauf
- nutzerfreundliche Öffnungszeiten
- Radabstellanlagen (ggf. Verbesserungsmöglichkeiten)

Kinder in Bewegung bringen

Die finanzielle Unterstützung des Programms „Kinder in Bewegung bringen“ soll gefestigt werden. In diesem Zusammenhang kommt der Verknüpfung mit der Gesundheitspolitik sowie der Kindergarten- und Grundschularbeit eine besondere Bedeutung zu.

Das direkte Wohnumfeld ist der wichtigste Spiel- und Erlebnisbereich für Kinder. Daher sollen im Wohnstraßenbereich Spielräume für Kinder geschaffen werden.

Twentmannhalle

Unabhängig von Sanierung oder Neubau der Halle wird die räumliche Absicherung des Marokkanischen Vereins in Abstimmung mit dem Verein sichergestellt.

Sobald Mittel für Neubau oder Sanierung der Halle bereitstehen, wird eine erneute Kostenermittlung durchgeführt und die kostengünstigere Variante umgesetzt.

Sport und Integration

Der Sport hat traditionell integrierende Funktionen für das gesellschaftliche Leben. CDU und GRÜNE wollen auf diesem Feld die Aktivitäten ausbauen, daher vereinbaren sie folgende Punkte:

- Sportstätte für ausländische Vereine / "türkischer Großsportverein"
Anfang 2005 wird ein Runder Tisch eingerichtet, der sich mit der Frage der Einrichtung einer Spielstätte für ausländische Vereine befasst. Ziel ist die Entwicklung einer sachgerechten Lösung für Spiel- und Platzmöglichkeiten unter Berücksichtigung folgender Rahmenbedingungen: Integrationskonzept, Vermittlungsverfahren, Vernetzung mit anderen Sportvereinen
- Sportangebote für Migrantinnen werden beibehalten und unterstützt (Schritt zur Integration)

Umwelt, Grün und Gruga

Die Partner sind sich einig, dass eine konsequente Umweltschutzpolitik der Natur, der Landschaft und damit auch den Menschen in unserer Stadt dient. Dieses bedeutet:

- Die CDU und die GRÜNEN treten im Rahmen der **gesamstädtischen Ziele** für den Schutz der Landschaft, dem Erhalt von Grün- und Freiflächen, der bäuerlichen Kulturlandschaft und der natürlichen Ressourcen Luft, Wasser und Boden ein.
- Der Umweltbereich soll durch Veränderungen der Verwaltungsstruktur gestärkt werden. Dazu soll neben der neuen Geschäftsverteilung der Beigeordneten die weitere Qualifizierung der Umweltverträglichkeitsprüfungen, die Bündelung des Verbraucher-/ Verbraucherinnenschutzes und die bessere Anbindung der unteren Ordnungsbehörden gehören.
- Die **Reduzierung der Luftbelastung**, z.B. durch CO₂ und Ozon, die **Verbesserung der Gewässergüte** und Maßnahmen zur Verbesserung kleinklimatischer Verhältnisse sowie **Maßnahmen zur Lärminderung** (z.B. Flüsterasphalt) sind anzustreben. Dazu werden (den gesetzlichen Forderungen entsprechend) ein Lärminderungsplan und ein Immissionsschutzkonzept entwickelt und erste Maßnahmen in dieser Wahlperiode umgesetzt.
- CDU und GRÜNE haben die Entwicklung der lokalen Agenda 21 unterstützt und werden prüfen, inwieweit die ideelle Unterstützung durch die Stadt verbessert werden kann.
- Die nachträgliche Beteiligung der Stadt Essen an der „Biologischen Station Westliches Ruhrgebiet“ wird geprüft.
- Die CDU und die GRÜNEN **fördern auch in Zukunft Unternehmen**, die Umweltstandards verbessern und die im Umweltbereich tätig sind. Dazu gehört auch die Förderung von ÖKO-AUDITS im Bereich des „Konzerns Stadt Essen“ sowie die Auslobung von Umwelt-Preis(en) (z.B. fahrradfreundlichster Arbeitgeber/innen, beste Dachbegrünung)
- Ein besonderes Interesse der CDU und der GRÜNEN gilt der Verbesserung des Wohnumfeldes, z.B. durch **wohnungsnahen Grüngürtel und Durchgrünungsmaßnahmen** in dicht besiedelten Wohngebieten. Bei allen städtischen Baumaßnahmen werden wir die Möglichkeit von Dach- oder Fassadenbegrünung überprüfen. Ohne Wegfall von Stellplätzen werden wir ein Parkplatzbegrünungsprogramm entwickeln.
- Die CDU und die GRÜNEN setzen sich für die Instandsetzung aller historischen und **wohnungsnahen Parkanlagen** unter Einbeziehung der Erholungs- und Freizeitbedürfnisse der Bevölkerung ein.
- Die CDU und die GRÜNEN treten für die zügige **Renaturierung der Bäche** des Emschersystems und für die Umsetzung der Ziele des Emscher-Landschaftsplanes 2010 ein. Der Pflege- und Entwicklungsplan Heisinger Aue wird umgesetzt. Besonders sind Quellgebiete und Quellsümpfe zu schützen und Quellen ggf. zu revitalisieren.
- Dem **Grugapark** als Einrichtung mit überregionaler Ausstrahlung kommt für den Umweltschutz, aber auch für die Erholung der Bevölkerung eine besondere Bedeutung zu. Die Partner sind sich einig, dass das Gelände der Gruga in Gänze Landschaftsschutzgebiet bleibt. Die Ziele des Oberbürgermeisters beim Ronald-McDonald-Kinderhaus (nach Plänen des Künstlers Friedensreich Hundertwasser) für die Unterbringung krebskranker Kinder und ihrer Angehörigen werden unterstützt. Ebenso unterstützen wir die Überlegungen für ein Grugaparkentwicklungskonzept.
- Für die **Einsparung von Energie** (und damit Kosten) wird die Umstellung (etwa auf Gas) und Reduzierung (z. B. internes und externes Car-Sharing) des konzerninternen Fahrzeugpools untersucht. Energieberatung (auch über Dritte) und mo-

dellhaftes ökologisches Bauen zur Energieeinsparung werden ebenso unterstützt, wie Anreizprogramme zur Energiereduzierung (Modell 50:50 in Schulen).

- Die Vermeidung von Müll hat oberste Priorität. Vorurteilsfrei wird geprüft, welche **Entsorgungsstrategie** für die Zukunft die bessere ist (Trennung beim Verbraucher oder technisch beim Entsorger). Bis dahin wird die Trennung beim Verbraucher weiter unterstützt, dazu gehört: die Forcierung des Einsatzes der „Braunen Tonne“ sowie der „Blauen Tonne“, der Eigenkompostierung, der Erfassung von Sondermüll etwa durch verstärkte Werbung, aber auch die Mülltrennung auf Wochenmärkten. Entsorgung (insbesondere bei Alttextilien) hat nicht durch Verschiebung in die Entwicklungsländer stattzufinden.
Die Partner sprechen sich dafür aus, die Gebühren für die Müllentsorgung transparent und möglichst konstant zu halten.
- Dem **Erscheinungsbild der Grün-, Freiflächen, der Straßen Wege und Plätze**, aber auch des Straßenbegleitgrüns gilt weiterhin große Aufmerksamkeit. Positive Aktionen, wie „pico bello“ des Oberbürgermeisters werden unterstützt.
- Die weitere Einführung des Job-Tickets im Konzern Stadt Essen wird unterstützt.
- Die Entwicklung von Modellen zum weiteren Ausbau von Photovoltaikanlagen/Solaranlagen (Contracting Modelle und positive Modelle aus anderen Städten) wird unterstützt.
- Die Abstandsregelung in der Baumschutzsatzung wird von 6 auf 4 m verändert.

Stadtplanung & Stadtentwicklung

Auch Essen unterliegt dem demographischen Wandel: Bei anhaltender Abwanderung, insbesondere von jungen Familien, wird es künftig immer weniger Kinder und immer mehr ältere Menschen geben. Ziel der Wohn(bau)politik ist es u.a. deshalb, den demographischen Wandel zu berücksichtigen und die Bevölkerungsentwicklung positiv zu beeinflussen: Durch Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften, Maßnahmen des Stadtumbaus und der Bestandsentwicklung, Bodenmanagement, Förderung der Eigentumsbildung bei Respektierung von Naturschutzbelangen und anderen wichtigen Kriterien, wie z.B. der Verkehrsanbindung (Integrierte Gesamtverkehrsplanung). Um diesen Prozess entsprechend vorbereiten und steuern zu können, sind umfassende Informationen erforderlich. Wir werden deshalb eine Projektgruppe demographischer Wandel/Steuerung einrichten.

Um den vielfältigen Lebensstilen in unserer Stadt gerecht zu werden, entwickeln, fördern und unterstützen wir bedarfsorientiert unterschiedlichste Formen des Zusammenlebens, auch in Form innovativer Wohnprojekte und Wohnformen (z.B. ökol. Bauen, Altenwohnprojekte, Mehrgenerationenwohnen, autoarmes Wohnen, Beginenprojekt) Die Vermeidung von Angsträumen soll bereits bei der Planung berücksichtigt werden, um zukünftig negative Folgewirkungen zu vermeiden (hierbei soll u.a. der gender-Ansatz berücksichtigt werden)

Darüber hinaus muss der Flächennutzungsplan kommunal und regional neu aufgestellt werden. Weg und Ziel werden auf Fachebene gemeinsam entwickelt. Auch im Rahmen der Flächennutzungsplanung ist es unser Ziel, die Grün- und Freiflächen in der Stadt zu schützen. CDU und Grüne sind sich einig, dass es in der städtischen Gesamtbilanz keine Zunahme der Flächenversiegelung geben soll. Auch die Flächen für den Emscher Landschaftspark 2010 werden rechtlich gesichert. Bei allen Planungen gilt u.a. der Grundsatz: Baulückenschluss gemäß § 34 vor Ausweisung neuer Baugebiete (unter Berücksichtigung von Einzelfallprüfungen).

Bei all dem ist es uns wichtig, sowohl die Menschen in unserer Stadt in die Planungen zur Stadtgestaltung mit einzubeziehen und wie vorgesehen an den Entscheidungen zu beteiligen, als auch unabhängige Fachkompetenz einzuholen.

Stadtumbau: CDU und GRÜNE sind sich einig darüber, dass im Rahmen der Projektgruppe demographischer Wandel der Stadtumbau eine hohe Priorität einnimmt. Hierbei wird weiterhin die Wohnungswirtschaft beteiligt, um über mögliche Wohnungszusammenlegungen, Wohnumfeldverbesserungen, Hausabriss etc. gemeinsam mit der Politik zu beraten und zu entscheiden.

Die Stadt braucht neben dem Stadtumbau und der Aufwertung der Bestände auch Wohnungsneubau. Auf der Grundlage des Wohnungsbauprogramms der Stadt Essen (in der Fassung des vom ASP am 16.1.2003 beschlossenen 43er Programms) sind sich CDU und GRÜNE über folgende Punkte einig:

- Über das 43er-Programm hinausgehende Planungen werden nicht verfolgt.
- Die über das 43er-Programm hinausgehenden Flächen werden im Einzelfall beendet (z.B. durch FNP-Änderung).
- Die Neuaufnahme von Flächen oder Reaktivierung alter Planungen (aus dem 96er-Programm) kann nur gemeinsam erfolgen.
- Die Planung am Reibenkamp wird nicht weiterverfolgt.
- Die aktuelle Planung Krahwinkelstraße wird nicht weiterverfolgt.
- Die Planung Düppenberg wird aufgegeben.
- Am Donnerberg/Schildberg und an der Lohstraße werden keine weiteren Planungen verfolgt.
- Als Ausgleich für die Fläche des ehemaligen Nöggerathbades wird gemeinsam ein angemessener und attraktiver Freizeitflächenausgleich in Altendorf entwickelt.
- Bei Nachverdichtungsmaßnahmen wie z.B. an der Röckenstraße sind Mediationsverfahren zu nutzen.

- Bei den Planungen Buschhauser Straße und Barkhofen/Jacobsallee sind Anregungen der Umweltverbände im Verfahren möglichst umfassend zu berücksichtigen.
- Wenn die internationale Schule an der Wallneyer Straße nicht realisiert werden kann, unterbleibt jede andere Bebauung.
- Planung Duvenkamp: Bei Respektierung der unterschiedlichen Positionen von GRÜNEN und CDU in der Vergangenheit wird versucht, die Planung zu überarbeiten und einen Kompromiss (Reduzierung der Zahl der geplanten Wohneinheiten) zu finden.
- Die Planungen Schwarzbachstraße werden nicht weiterverfolgt.
- Die Planungen Kesselstraße/Eckstraße werden z.Zt. nicht weiterverfolgt, Wiederaufnahme nur einvernehmlich.
- An der Wattenscheider Straße erfolgt keine über die derzeitige Beschlusslage hinausgehende Planung.

Zu einer aktiven Wohnungspolitik gehört, dass die städtische Tochtergesellschaft ALLBAU AG in kommunalem Besitz verbleibt. Der Allbau ist eins der wenigen städtischen Instrumente für eine gezielte Stadtentwicklung, insbesondere in problematischen Stadtteilen. Die Partner sind sich einig, dass ein Verkauf nicht in Betracht kommt. Sie sind sich im Klaren darüber, dass die negativen Folgen der damaligen Entscheidung, den Allbau an städtische Gesellschaften zu verkaufen, uns jetzt einholen und zeigen, dass diese SPD-Operation finanzwirtschaftlicher Unsinn war.

Die Stadtteilentwicklung ist CDU und GRÜNEN ein zentrales Anliegen. Es gilt, die Stadtteile auch in Zusammenarbeit mit den Bezirksvertretungen als lebendige Orte in ihrer Vielfalt zu bewahren und fortzuentwickeln. Trotzdem kommt der City eine maßgebliche Bedeutung zu. Mit Blick auf diesen zentralen Ort vereinbaren CDU und GRÜNE:

- Entwicklung der Fläche bzw. des Parkhauses Rottstraße
- Viehofer Straße u.a. mit Gastronomie und Geschäften entwickeln und fördern
- Gastronomieansiedlung und -entwicklung weiter fördern
- Weitere Attraktivierung der Cityplätze ohne kostenintensive Platzumbauten. Auch der Rütterscheider Stern soll zu einem attraktiven Platz entwickelt werden.
- Umbau des Kulissenhauses bei Erhalt der schützenswerten Fassade und Brücke und als Verbindung zur Lindengalerie entwickeln, Belebung Hirschlandplatz, Erarbeitung städtebaulicher Lösung
- Beseitigung der Leerstände in der City durch Unterstützung von qualitativ guten gewerblichen Neuansiedlungen und Wohnungsaufwertung
- Entwicklung und Förderung von Spielplätzen, Ruhe- und Grünzonen
- HBF – Umbau fördern und vorantreiben
- Die Realisierung weiterer Hochhäuser im Umfeld der ÖPNV-Knotenpunkte/ HBF muss im Einzelfall geprüft werden
- Die Planung von Karstadt am Limbecker Platz wird begrüßt; eine Riegelwirkung ist im Rahmen der weiteren Planung zu vermeiden. Eine gleichzeitige Realisierung der Karstadtplanung und des Einkaufszentrums Universitätsviertel auf dem Berliner Platz ist nicht absehbar. Von daher steht die Arcadenplanung derzeit nicht zur Diskussion. CDU und GRÜNE haben sich in der Vergangenheit mit Blick auf die Planung des Einkaufszentrums Universitätsviertel unterschiedlich verhalten. Sollte sich die Planung Universitätsviertel in der bekannten oder einer ähnlichen Form reaktivieren, sind sich CDU und GRÜNE der unterschiedlichen Positionen bewusst. Unabhängig davon gilt es, die Anbindung CITY, UNI und Weststadt zu verbessern. Grundlage für die Entwicklung des Universitätsviertels bilden die Ergebnisse der Perspektivenwerkstatt, wobei dem zügigen Bau eines Parks (Grünfläche plus Wasser) eine hohe und andere Entwicklungen fördernde Bedeutung zukommt. Diesbezüglich sind intelligente Finanzierungsmodelle zu entwickeln. Die Nutzung des Berliner Platzes als Kirmesplatz ist keine Langfristlösung.
- Die Rheinische Strecke ist als Trasse zu sichern (z.B. für einen Rad-Gehweg). Die konkrete Planung (z.B. Anbindung Uni, Rad-Gehweg) wird später diskutiert.
- Wir werden die Planungen „Krupp-Areal“ hinsichtlich des Bedarfs für eine Hochhausbebauung überprüfen. Der Grün-, Wasser- und Parkentwicklung messen wir eine hohe attraktivitätssteigernde Bedeutung zu.

Beim Messeparkplatz Lilienthalstraße haben sich CDU und GRÜNE in der Vergangenheit unterschiedlich positioniert. In dieser Frage gibt es keine Verständigung, d.h. beiden Fraktionen steht es frei, für ihre jeweilige Position zu werben und entsprechend zu votieren.

Verkehr

Eine nachhaltige, umweltgerechte und wirtschaftsfördernde Verkehrspolitik in unserer Stadt richtet sich auf eine für alle am Verkehr teilnehmenden abgestimmte Entwicklung einzelner Verkehrssysteme, die ruhrgebietsweit und stadtübergreifend geplant ist. Um den Verkehr in Zukunft optimal abwickeln zu können, müssen daher geeignete Technologien und Strategien eingesetzt werden wie:

- Verkehrsmanagement (Verkehrsleitzentrale erfasst Informationen aus Baustellenmanagement, Parkleitsystem, Verkehrsleit- und Informationssystem)
- Integrierte Gesamtverkehrsplanung
- Einsatz von intelligenten LSA, die mit EVAG-RBL verknüpft werden können, bei Neuinstallation bzw. beim Umbau von Ampelanlagen im Einzelfall prüfen
- Lärminderungsmaßnahmen (vgl. Themenbereich Umwelt)
- Instandhaltungsprogramm für Straßen und Schienen
- Bau von Kreisverkehren (wo möglich)
- Parkleitsystem City optimieren ist besser als Neubau von Parkplätzen
- Tiefgarage Burgplatz: In der Vergangenheit haben sich beide Fraktionen unterschiedlich positioniert. Es besteht Übereinkunft, dass eine Unterstützung mit öffentlichen Geldern nicht möglich ist. Private Investoren sind derzeit nicht bekannt. Es wird kein Handlungsbedarf in nächster Zeit gesehen.

ÖPNV

Der ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr) soll in Bezug auf seine Attraktivität und seine Akzeptanz erheblich verbessert werden. Dies soll erreicht werden durch Beschleunigungsmaßnahmen, attraktivere Fahrzeuge (Niederflurfahrzeuge), attraktivere Haltestellen, behindertenfreundliche Kaps und die Verbesserung der Fahrgastinformation.

Beim Schienen- und Busverkehr geht es um folgende Projekte:

- Beschleunigung Steeler Strecke, (2. Abschnitt höchste Priorität)
- Verkehrsplatz Steele: Umbau und Instandsetzung (höchste Priorität)
- Beschleunigung Linie 105 nach Rellinghausen
- Beschleunigung Linie 106
- Bahnhofs-Tangente über Hachestr. in den Krupp-Boulevard
- U 11 – Verlängerung (bis Hatzper Str, Finanzvorbehalt)
- U 17 – Verlängerung (bis Helgolandring, Neue Margerethenhöhe, Finanzvorbehalt)
- U-Bahnhöfe Südstrecke: Absenkung der Bahnsteige auf Niederflurniveau
- Busspur 160 auf der Kaulbachstraße

Allgemeine Ziele: Der ÖPNV ist mit den umliegenden Städten besser zu vernetzen. Die Nahverkehrsgesellschaften benachbarter Städte sollten zusammengelegt werden. Die durch Synergien zu erzielenden Einsparungen sollten auch zur Verbesserung des Angebotes und des Services investiert werden.

Radverkehr

Bei allen weiteren Planungen wird der Radverkehr mit berücksichtigt. Gefahrenpunkte sollen ausgeschaltet werden. Bei der Neuinstallation von Fahrradwegen sind Radfahrstreifen Bordsteinradwegen vorzuziehen. Das B + R (Bike + Ride) Programm an Haltestellen und Bahnhöfen sowie der Bau von Radwegen auf alten Bahnstrecken werden fortgeführt. Die bereits begonnene Ausschilderung der Haupttroutennetze I und II wird zügig fortgesetzt. Die Stadt beteiligt sich weiter am Modellvorhaben fahrradfreundliche Stadt, um den Radverkehrsanteil nachhaltig zu erhöhen. Die Radstation im Hauptbahnhof wird erhalten. Die Position des Fahrradbeauftragten wird gestärkt.

Wir wollen weiterhin von der Möglichkeit Gebrauch machen, Stellplatzablösemittel für Radabstellanlagen oder ÖPNV-Maßnahmen zu nutzen.

Fußgänger und Fußgängerinnen/ Inlineskater und --skaterinnen/ Schulwegsicherungskonzept/ Tempo-30-Zonen

Der gesamte Verkehrsraum soll auf Dauer auf Fußgängerfreundlichkeit überprüft werden. Dabei entdeckte Gefahrenpunkte werden beseitigt. Mögliche Verbesserungen werden durchgeführt (Rücksicht auf Sehbehinderte, Blindenampeln, Fortsetzung des Bordsteinabsenkungsprogramms)

Für Inlineskater und -skaterinnen wird ein Stadt- bzw. -routenplan entwickelt.

Das Schulwegsicherungskonzept, das Spielstraßenkonzept und das Tempo-30-Zonenkonzept werden weiter fortgeführt.

Luftverkehr

Am bestehenden Ratsbeschluss zur Schließung des Flughafens Mülheim wird festgehalten.

A 52 und Ruhralleetunnel

Bei der A 52 und dem Ruhralleetunnel haben sich CDU und GRÜNE in der Vergangenheit unterschiedlich positioniert. In dieser Frage gibt es keine Verständigung, d.h. beiden Fraktionen steht es frei, für ihre jeweilige Position zu werben und entsprechend zu votieren. Es wird kein Handlungsbedarf in nächster Zeit gesehen.

Vorrang Bus Ruhrallee

Im Hinblick auf die sich durch die Inbetriebnahme der B 227 neu abzeichnenden Mehrverkehre auf der Wuppertaler Straße werden die Parteien Lösungsansätze abstreben, die geeignet sind, den ÖPNV auf Wuppertaler Straße und Ruhrallee nachhaltig zu beschleunigen.

Stellplatzbeschränkungssatzung

Das Thema wird unter Würdigung aller Umstände (u.a. Erfahrungen der Vergangenheit, juristische Möglichkeiten) geklärt.

Schulpolitik

Schulentwicklungsplanung

In den kommenden Jahren werden wir uns dem Problem zu stellen haben, angesichts allgemein sinkender Schüler und Schülerinnenzahlen ein ausreichendes Angebot an gleichmäßig ausgelasteten – und damit funktionstüchtigen – wohnortnahen Grundschulen vorhalten zu müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir bei der anstehenden Grundschulentwicklungsplanung folgende Leitgedanken zur Grundlage unserer Entscheidungen machen:

- Die vorhandenen Daten zur demografischen Entwicklung (hochgerechnete Prognosen zur Anmeldung) sind maßgebend für die Anzahl der erforderlichen Grundschulen im Stadtgebiet.
- Hierbei streben wir die Zweizügigkeit von Schulen als Mindestgröße an, um über eine ausreichende Lehrer und Lehrerinnenversorgung qualitativ hochwertigen Unterricht bei möglichst geringen krankheitsbedingten Unterrichtsausfällen an allen Schulen gewährleisten zu können. Eine Einzelfallbetrachtung muss möglich sein.
- Da die leichte Erreichbarkeit der Schulen für uns ein wichtiges Ziel ist, müssen die für alle Kinder offenen Gemeinschaftsgrundschulen flächendeckend im Stadtgebiet vorhanden sein.
- Wir respektieren den Wunsch von Eltern, die auf die Vermittlung christlicher Werte bedacht sind, ihr Kind in einer Bekenntnisgrundschule anmelden zu können. Um einerseits den besonderen Charakter dieser Schulen zu erhalten und andererseits eine möglichst gleichmäßige Auslastung aller Grundschulen zu erreichen, ist jedoch sicherzustellen, dass die Schüler und Schülerinnen mit konfessioneller Bindung in den Bekenntnisschulen nicht weniger als 50 % ausmachen.

Weitere Projekte der Schulentwicklungsplanung, die vor allem aus demografischen Gründen nötig sind, sollen gemeinschaftlich von Politik und Verwaltung nach den Grundsätzen der Kooperation und Fusion unter Wahrung wichtiger Schulangebote und Schulstandorte in Angriff genommen werden. Hierbei orientieren wir uns an dem Grundsatz „Förderung vor Abschulung“, um die hohe Zahl der Schulformwechsel zu reduzieren. Schulen mit spezifischen Standortproblemen sollen entweder materiell und / oder personell begünstigt werden. (gemeinsame Empfehlung im Schulausschuss 17.11.2004)

Ganztagschulen

Den Ausbau von Grundschulen als Ganztagschulen werden wir weiter vorantreiben. Hierbei sind weiterhin die Kriterien des „Essener Wegs“ richtungweisend, der sich durch das Bestreben auszeichnet, eine Schule neuer Qualität zu entwickeln, die durch einen anderen rhythmischen Tagesablauf gekennzeichnet ist und Elemente schulischer und sozialpädagogischer Ansätze miteinander verknüpft, so dass die Ganztagsgrundschule sowohl dem Betreuungs- als auch dem Bildungsaspekt Rechnung trägt. Die im Erlass des Landes vorgesehene Schließung der Horte und Umschichtung der Mittel in den Bereich der Offenen Ganztagsgrundschule soll deshalb nur insoweit erfüllt werden, wie dies mit dem Bedarf an und dem qualitativen Stand der Entwicklung bei den Angeboten der OGS in Einklang zu bringen ist. In diesem Zusammenhang gilt es auch, eine Ferienregelung zu entwickeln.

Ausstattung und Sanierung

Um optimale Lernbedingungen für unsere Kinder zu schaffen, benötigen wir nicht nur qualifizierte und motivierte Lehrer und Lehrerinnen, sondern auch gut ausgestattete und ansprechend gestaltete Schulen. Das Sanierungsprogramm aus der Schulpauschale und aus städtischen Mitteln werden wir deshalb ohne Einschränkung fortsetzen und dabei den Ausstattungsrahmen sachlich und finanziell den Erneuerungen im Schulwesen anpassen. Entsprechend unserer Zielsetzung, Kinder in Bewegung zu bringen, werden wir verstärkt auch die Gestaltung der Schulhöfe als Orte der Bewegung berücksichtigen. Die Einführung und Pflege von Schulgärten wird begrüßt.

Pädagogische Ziele

Eine ausreichende schulische Bildung ist in unserer Gesellschaft die Grundlage für eine erfolgreiche Berufslaufbahn. Der Schlüssel hierzu ist die frühzeitige Beherrschung der deutschen Sprache. Hohen Förderbedarf im frühkindlichen und vorschulischen Bildungsbereich gibt es vor allem bei Kindern aus Migrantenfamilien, aber zunehmend auch bei deutschen Kindern aus sozial benachteiligten Familien. In Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe und ggf. mit der Sozialverwaltung sind deshalb die Sprachförderungsprogramme durch qualifiziertes Personal zu intensivieren – entsprechende Qualifizierungsmöglichkeiten für ErzieherInnen und LehrerInnen müssen angeboten und festgeschrieben werden. Bildungs- und Betreuungsangebote von freien und kommunalen Trägern sind im Bereich der offenen Ganztagsgrundschule zusammenzuführen.

Wir wollen außerdem durch geeignete kommunale Maßnahmen dazu beitragen, das Bildungsgefälle abzubauen. Auch hier benötigen insbesondere Migrantenkinder größtmögliche Hilfe, um zu weiterführenden Abschlüssen zu gelangen. Die Erfassung und Auswertung von Daten u. a.

- zu Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund,
- zu Schullaufbahnen,
- schulischen Entwicklungen und Abweisungen von Schulen

soll helfen, Bildungs- und Betreuungsdefizite abzubauen.

Gemeinsam werden wir uns bei Land und Schulaufsicht für pädagogisch sinnvolle Klassenfrequenzen (ca. 20-25 SchülerInnen) und eine ausreichende Lehrer und Lehrerinnenversorgung einsetzen. Bei den Schulen für Geistig- und Körperbehinderte ist darüber hinaus ggf. entsprechendes Personal für die pflegerische Betreuung sicher zu stellen.

Nicht nur Kinder mit Sprachdefiziten, auch sogenannte erziehungsschwierige und lernbehinderte Kinder benötigen besondere Unterstützung. Im Rahmen der flexiblen Schuleingangsphase orientieren wir uns an der Leitlinie „integrieren statt aussondern“. Damit diese Strategie erfolgreich sein kann, erwarten wir vom Land, dass Möglichkeiten und Ressourcen geschaffen werden, die eine vorübergehende Betreuung individueller Art bei Schülern möglich machen, um sie möglichst schnell wieder an die Lerngruppe heranzuführen.

Soziales, Gesundheit, Senioren/ Seniorinnen und Behinderte

Die Parteien sind sich darüber einig, dass nur eine soziale Stadt Essen, die mit der bestehenden Vielfalt und den sozialen Gegensätzen solidarisch umgeht, auf Dauer auch eine lebenswerte Stadt sein kann.

ARGE/Hartz IV

Im Rahmen der neuen Sozialgesetzgebung ist der kommunale Träger für die Gewährung von Leistungen für Unterkunft und Heizung und flankierende Leistungen zuständig. Die Partner sind sich einig, dass für die kommunalen Leistungen Eckpunkte festgeschrieben werden müssen.

Wir werden eine Konzeption „Angemessenheit der Mietkosten“ unter Berücksichtigung folgender Eckpunkte erarbeiten:

- Fortführung der bisherigen getrennten Berechnung von Kaltmiete und Betriebskosten
- Umzüge sollen innerhalb eines Stadtteils erfolgen können
- Evtl. Einrichtung eines stadtteilbezogenen „Mietkostenkorridors“, verbunden mit Ausnahmeregelungen für kleine Wohnungen
- Eine Wohnungsgrößenermittlung bei kinderreichen Familien ist an das BSHG/ SGB XII angelehnt

Beim Ausbau der Kinderbetreuung sollen Plätze in Kindertageseinrichtungen möglichst wohnortnah bzw. auf Wunsch am Arbeitsort vorgehalten/ angeboten werden.

Im Bereich der Beratung von Schuldner und Schuldnerinnen und er Suchtberatung wollen wir, dass es auch freien Trägern möglich ist, Stellen einzurichten. Nach ca. einem halben Jahr soll ein Erfahrungsbericht vorgelegt werden, aus dem u. a. die Anzahl der zu beratenden Personen feststellbar ist.

Die gesetzlich geforderte psychosoziale Betreuung, wie z.B. in Erziehungs- und Familienberatungsstellen ist momentan durch Kürzungen im Landeshaushalt gefährdet. Wir wollen, dass ein Konzept zur Sicherstellung des Angebotes erarbeitet wird (nicht zu Lasten der Finanzen der Stadt).

Es ist uns wichtig, dass die Gleichstellungsstelle durch eine intensive Beteiligung in der steuerungsunterstützenden Schnittstelle in die ARGE einbezogen wird. Hierfür erstellt die ARGE regelmäßig geschlechtsspezifische Bestandsaufnahmen und Wirkungsanalysen.

Organisationsentwicklung Sozialamt – Soziale Rathäuser

Zur künftigen Organisation des Sozialamtes bzw. Organisationsentwicklung „Soziale Rathäuser“ verweisen wir auf die Ratsbeschlüsse vom 23.06., 14.07. und 03.11.2004., die in 2005 zügig umzusetzen sind. Die künftigen „Sozialen Rathäuser“ sind nicht bei der ARGE anzusiedeln. Bei der Festlegung der dezentralen Standorte ist ein ortsnahe Angebot bzw. die Erreichbarkeit auch für alte und behinderte Menschen zu berücksichtigen.

Unterkünfte/Neuorganisation Wohnungsvermittlung

Ein Sachstandsbericht der Verwaltung über die aktuelle Situation der Flüchtlingsunterbringung soll Grundlage unserer weiteren Verhandlungen und Handlungsempfehlungen sein und ist ggf. in der ersten Sitzung des UA Wohnungsnotfälle anzufordern.

Wir wollen, dass der Overhammshof aufgegeben und abgerissen wird. Über eine gewünschte Renaturierung wird die zuständige BV befinden.

Rechtsberatungsstelle im Zusammenhang mit Hartz IV

Die Notwendigkeit einer unabhängigen Beratungsstelle für ALG-II Bezieher und Bezieherinnen wird von beiden erkannt. Die Einrichtung einer solchen Stelle ist mit den Wohlfahrtsverbänden und der Verbraucherberatung abzustimmen. Die Finanzierung ist zu klären.

Arbeitsgelegenheiten

CDU und GRÜNE sind sich einig, dass das Konzept der sog. Arbeitsgelegenheiten („Gemeinwohlarbeit“) im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit diskutiert wird und dass im Rahmen regelmäßiger Berichterstattung die Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit nachgewiesen werden muss.

Essen als Gesundheitsstadt

Beide sind sich einig, dass die Gesundheitsstrukturen und die präventive Gesundheitsvorsorge zu Gunsten der Menschen dieser Stadt verbessert werden müssen. Dies bedeutet:

- Die CDU und die GRÜNEN treten für eine stärkere Koordination und Controlling im städt. Gesundheitsbereich ein.
- Förderung der Vernetzung von „Gesundheitsangeboten“. Der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit ist zu beteiligen.
- Die Tätigkeit der Gesundheitskonferenz wird ausdrücklich unterstützt. Gesundheitsrelevante Themen sind stärker einzubringen.
- Wir unterstützen die Einrichtung einer mobilen, heilpädagogische Frühförderstelle in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und dem Sozialpädiatrischen Zentrum, um Behinderungen bei Kindern frühzeitig zu verhindern bzw. Defizite zu beheben.
- Gesundheit und Ernährung, Gesundheit und Bewegung sollen stärker in Kindertagesstätten, Jugendverbänden, Vereinen und Schulen thematisiert werden. Die Qualität der Schul- und Kita-Speisungen muss verbessert werden. ErzieherInnen und LehrerInnen sollen zu GesundheitserzieherInnen ausgebildet werden. Die Empfehlungen der Gesundheitskonferenz sind mit einzubeziehen.
Um ein Handlungskonzept entwickeln zu können, soll in einem ersten Schritt ein öffentliches Hearing zu den Themen Gesundheit/ Gesundheitsprävention, Ernährung und Bewegung bei Kindern veranstaltet werden.
- Wir setzen uns für eine zielgruppenspezifische Ausrichtung und Weiterentwicklung des städtischen Gesundheitsdienstes ein, die sich insbesondere auf Kinder, Migranten und Migrantinnen, alte u. pflegebedürftige Menschen bezieht.
- Im Senioren- und Pflegebereich soll die Qualitätssicherung im Mittelpunkt stehen. Wir treten für eine Stärkung der Heimaufsicht ein.
- Wir unterstützen Initiativen, die die gesundheitlichen Infrastrukturen in dieser Stadt, wie z.B. Kinder/Eltern-Krankenhäuser, fördern.
- Der Ausbau von „Kur vor Ort“ wird unterstützt.
- Wir sind uns einig, dass im Rahmen der Drogenpolitik bestehende Standards (qualitativ wie quantitativ) festgeschrieben werden.
- Zur Sicherung der psychosozialen Gesundheit unterstützen wir die Einrichtung einer eigenen Fachstelle im Rahmen der Gemeinwohlarbeit (GeWA). Wir betrachten die Integration von psychisch kranken Menschen und Substituierten in Arbeit als wichtigen Schritt zu Rehabilitation.
- Der Ausbau weiterer Hospize, insbesondere für Kinder wird durch uns unterstützt und gefördert.

Essen altert!

Der Anteil älterer Menschen steigt, insbesondere der Anteil der Hochaltrigen mit den entsprechenden altersspezifischen Krankheitsbildern. Die Partner sind sich einig, dass den Bedürfnissen älterer Menschen mit entsprechenden Angeboten Rechnung zu tragen ist. Auch den Bedürfnissen der behinderten Menschen in dieser Stadt gilt ein besonderes Augenmerk.

- Wir wollen im Bereich der Städte- und Wohnungsbaupolitik verstärkt darauf achten, dass ältere und behinderte Menschen in ihrer gewohnten sozialen und räumlichen Umgebung verbleiben können. Dies bedeutet:
 - Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden mind. bis zur 1. Etage
 - Unterstützung alternativer Wohnformen z.B. Mehrgenerationenwohnen
 - Betreutes Wohnen ist ein gesetzlich nicht geschützter Begriff. Daher müssen Kosten und Leistungen nachprüfbar/transparent werden

- Stärkung des Verbleibs in der gewohnten sozialen u. räumlichen Umgebung durch Umsetzung des barrierefreien Bauprinzips
- Sicherung ausreichender Pflegeheimplätze durch Ausweisung von Baugrundstücken für den Bau von Pflegeheimen
- Ausbau und Sicherung des kommunalen Förderprogramms für altersgerechte Wohnformen. Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 28.03.2001 und Berichterstattung in den Ausschüssen (ASP, SAG) und im Rat.
- Unterstützung kommunalpolitischer Maßnahmen, die der Mobilität und selbständigen Lebensführung älterer Menschen dienen
- Berücksichtigung behinderter- und seniorenrelevanter Bedürfnisse bei der Aufstellung des Flächennutzungsplanes
- Wir unterstützen den Grundsatz „ambulant vor stationär“. Beide Partner setzen sich für den Ausbau und die Sicherung einer qualitativ hochwertigen ambulanten Versorgung und Förderung von Modellvorhaben ein.
- Wir unterstützen Altenbegegnungsstätten, Kultur-, Bildungs- und Freizeitveranstaltungen. Wir setzen uns für die Entwicklung einer Nutzungskonzeption für die städtischen Altentagesstätten ein, die im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit vorgestellt werden soll.
- Wir setzen uns dafür ein, dass zielgruppenspezifische Angebote im ambulanten und stationären Bereich z.B. für die wachsende Zahl älterer MigrantInnen geschaffen werden.
- Zur Entlastung pflegender Angehöriger setzen wir uns für ein bedarfsorientiertes Angebot an Tages-, Nacht- u. Kurzzeitpflege ein.
- Um diese Ziele zu erreichen, ist für uns eine enge Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat und Seniorenreferat, der Gesundheits- und Pflegekonferenz, der Pflegeberatungsstelle und Heimaufsicht unabdingbar. Hierzu gehört auch die Installation einer Pflege-Hotline, die zur Bewältigung von Not- und Krisensituationen dient.
- Wir sind bemüht, die ehrenamtlichen Strukturen und das Engagement von Bürger und Bürgerinnen zu fördern und weiter zu entwickeln.
- Wir setzen uns für den Erhalt der Stelle eines(r) „Beauftragte(n) für Behinderte“ (durch Personalumschichtung) ein.
- Wir führen eine jährliche Sondersitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit zu behindertenrelevanten Themen durch.

Gleichgeschlechtliche Lebensweisen/ Lesben und Schwule

In den vergangenen Jahren konnte das Handlungskonzept „Gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ zusammen mit F.E.L.S. beinahe vollständig umgesetzt werden. Dennoch sind Lesben und Schwule nach wie vor benachteiligt. Die Partner führen die gute Antidiskriminierungspolitik in Kooperation mit F.E.L.S. und anderen Vereinen fort.

Arbeit und Wirtschaft

Beschäftigung und Arbeit sind für die Menschen und ihre Familien und damit für den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft von elementarer Bedeutung. Deshalb wollen wir Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen; die Stärkung unserer Wirtschaft vor Ort hat dabei für uns Priorität, wenngleich die kommunalen Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten manchmal nur gering sind. Trotzdem müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, die sich der Stadt bieten.

Wir können dabei auf gute Strukturen in der Stadt aufbauen und haben bereits in den vergangenen Jahren gerade auf dem Feld der kommunalen Arbeitsmarktpolitik gut zusammengearbeitet (kommunales Infrastrukturprogramm).

Auf diesen Fundamenten wollen wir aufbauen. Folgende Punkte sind für uns von hoher Bedeutung:

- Die gute Zusammenarbeit der Essener Wirtschaft und der Stadt, insbesondere auf dem Feld der Wirtschaftsförderung
- Weiterentwicklung der Stadt Essen als Messe- und Kongressstandort
- Regionale Kooperation mit dem Ziel, gemeinsame Gewerbe- und Planungsgebiete zu entwickeln (Grundsatz: den Erfolg/Profit teilen, statt in Konkurrenz verlieren)
- Stärkung der lokalen Ökonomie, u.a. durch verstärkte Aktivitäten der EWG in den Stadtteilen (Erschließung und Vernetzung von Potentialen, Koordination bürger-schaftlicher Aktivitäten)
- Wir unterstützen den „Essener Konsens“, der mit seinen Partnern, viele positive Akzente auf dem Arbeitsmarkt gesetzt hat. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bilden die Stadt Essen, aber auch die städtischen Töchter, weiterhin über ihren eigenen Bedarf aus.
- Durch die Umschichtung freigewordener Mittel aus dem Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ haben wir gemeinsam bereits seit 2003 zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen in den Bereichen Grünflächenpflege, Schule, Sport, Jugend und Freizeit finanziert. Dieser Essener Weg, in Infrastrukturmaßnahmen zu investieren, um Sozialhilfeempfängern und -empfängerinnen einen befristeten Arbeitsplatz in der Privatwirtschaft anbieten zu können, stärkte die Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und der Stadt Essen.
Beide sind sich einig, das Infrastrukturprogramm beizubehalten, soweit dies aufgrund der neuen Rahmenbedingungen möglich ist. Hierbei ist auf der Grundlage des gem. Antrags vom 28.5.2003 im Rahmen der Vergaben sicherzustellen, dass Frauen gem. ihres Anteils an den Erwerbslosen/Arbeitssuchenden in die künftige Beschäftigung integriert werden. Eine Finanzierung soll über eine Entlastung durch die Einführung von Hartz IV erfolgen.
- Oberste Priorität hat die zielgerichtete Weiterentwicklung des Weltkulturerbes Zollverein. Dabei ist eine Bestandsaufnahme des akt. Entwicklungsstandes der Einzelprojekte (Gewerbeansiedlung, Umsiedlung Ruhrmuseum ohne zusätzliche finanzielle Belastung der Stadt, Durchführung ENTRY) erforderlich, um eine Zielerreichungsanalyse vornehmen zu können.

Frauen

Die Stadt Essen hat sich dem Leitziel der „Gleichstellung von Mann und Frau“ und dem „Genderansatz“ verpflichtet. CDU und GRÜNE sind sich einig darüber, dass die – noch zu erreichende – Gleichstellung von Mann und Frau auch zukünftig ein wichtiges, politisches Ziel der Stadt Essen ist.

- Hierzu gehört die konsequente Anwendung der geschlechtergerechten Sprache in „Wort und Schrift“.
- Um die Vorgaben und Ziele des Frauenförderplans der Stadt Essen zügig umzusetzen, wird ein Unterausschuss „Frauenförderung“ gebildet.
- Beide Partner sind sich darüber einig, die „Geschlechtergerechtigkeit“ auch in die städtische Haushaltsplanung einzubeziehen. Deshalb sollen im Rahmen einer Projektsteuerungsgruppe „Gendermainstreaming“ ausgewählte Maßnahmen / Bereiche auf die unterschiedlichen geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Verteilung der Haushaltsgelder hin überprüft werden. Die Projektgruppe „genderbudgeting“ initiiert den Einstieg in erste Haushalts- und Politikbereiche. Ziel ist es, insgesamt Maßnahmen zu erarbeiten, um künftig einen geschlechtergerechten Haushalt in allen Bereichen zu erreichen.
- Darüber hinaus sind sich die Parteien einig, das Leitziel der Stadt Essen „gendermainstreaming“ kontinuierlich und in allen Verwaltungsbereichen umzusetzen.
- Die Frauenbeauftragten in der Verwaltung sind in ihrer Aufgabenwahrnehmung und in ihrer Arbeit zu unterstützen.
- In bekanntem Umfang werden wir den Frauennotruf und Bella Donna weiter unterstützen (Finanzvorbehalt).

Ordnungspolitik

Die Gefahr, im Stadtgebiet von Essen ein Kriminalitätsoffer zu werden, ist vor dem Hintergrund der vorliegenden Zahlen und Fakten objektiv betrachtet nur gering. Der Schutz vor objektiver Bedrohung hat Priorität. Dennoch gibt es ein subjektives Bedrohungsgefühl, das viele Menschen in ihrem Leben vom Empfinden her beeinträchtigt und demzufolge zum Teil in ihren Handlungsmöglichkeiten einschränken kann. Dieses Unsicherheitsgefühl gilt es ernst zu nehmen und Handlungsansätze zu entwickeln, die sowohl dem Sicherheits- und Ordnungsbedürfnis der Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen entgegenkommen als auch das Recht von Individuen und Minderheiten respektieren, sich im öffentlichen Raum zu bewegen und ihn zu nutzen.

Ordnungsdienst

Vor diesem Hintergrund soll der 2002 eingeführte gemeinsame Streifendienst von Stadt und Polizei einer systematischen Wirkungskontrolle unterzogen werden. Sowohl die Einsatzorte als auch das Aufgabenprofil sind hinsichtlich ihrer Effektivität zu überprüfen und ggfs. zu modifizieren. Die verstärkte Überwachung des ruhenden Verkehrs soll ebenso wie die Umsetzung der Maßnahmen im Rahmen von *pico bello* in diese Überlegungen einbezogen werden.

Straßenstrich

Der Straßenstrich – ein Gegenstand heftiger öffentlicher Kontroversen in den vergangenen Jahren – soll an seinem jetzigen Standort an der Pferdebahn bleiben. Ziel von CDU und GRÜNEN ist es, die Situation der Frauen durch ein einheitliches Vorgehen mit Hilfsorganisationen und durch eine weiter intensivierte Zusammenarbeit mit der Polizei zu verbessern. Dazu gehört ein gleichberechtigtes Wirken von Kriminalprävention und Verfolgung.

Kriminalpräventiver Rat

Die Arbeit des Kriminalpräventiven Rates wird grundsätzlich unterstützt, seine neue Organisationsform soll beobachtet und nach einem Jahr einer Bewertung unterzogen werden, um mögliche weitere Verbesserungen vornehmen zu können.

Flüchtlingsunterbringung

Die Massenunterkunft für Flüchtlinge im Overhammshof (Kutel) wird geschlossen. Die Renaturierung des Geländes wird angestrebt; die konkrete Umsetzung ist mit der zuständigen Bezirksvertretung IX abzustimmen.

Flohmarkt

Der „wilde“ Flohmarkt in Steele wird nicht aufgelöst, sondern in einer geeigneten Organisationsform unter Beteiligung des Flohmarktvereins auf dem Grendplatz weiter durchgeführt.

Graffiti

Nicht alle Graffiti sind Kunst: Wer ohne Erlaubnis Bauwerke, oder sogar Denkmäler mit Farbschmierereien verschandelt, muss für die Reinigung aufkommen.

Integration und Zuwanderung

Grundlage von Integration als kommunaler Aufgabe bleibt das interkulturelle Konzept der Stadt Essen mit den darin enthaltenen Handlungsfeldern zur gesellschaftlichen Teilhabe von Zugewanderten und zum Abbau von sozialen und ethnischen Gegensätzen, von Bildungsbarrieren und Tendenzen zu Parallelgesellschaften in einigen Stadtteilen. Interkulturelle Orientierung in diesem Sinne ist eine Querschnittsaufgabe, die nahezu alle Bereiche von Verwaltung und Politik umfasst.

Integration durch Sprachförderung und interkulturelles Lernen

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist die Voraussetzung für eine gelungene Integration. Daher sollen die Maßnahmen zur systematischen Sprach- und Bildungsförderung für Kinder und Jugendliche in den Familien, Kindertagesstätten und Schulen fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Neben der systematischen Förderung der deutschen Sprache in den Kindertageseinrichtungen ist - ausgehend vom derzeitigen Stand der Forschung - die angemessene Förderung der Muttersprache zum leichteren Erlernen der deutschen Sprache wichtig.

Erprobte Maßnahmen der Sprachförderung sollen in den Regelbereich der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen überführt werden, um ein bedarfsgerechtes flächendeckendes Angebot zu sichern.

Die pädagogische Arbeit der Kindergärten und Schulen kann nur wirksam werden, wenn sie im häuslichen Umfeld der Kinder und Jugendlichen begleitet und unterstützt wird. Daher hat die Weiterentwicklung der Maßnahmen zur Elternbildung und die begleitenden Angebote an Sprachkursen im Rahmen der Erwachsenenbildung und der Stadtteilarbeit besondere Priorität.

Die Zusammenarbeit mit den Selbstorganisationen der Zugewanderten soll die interkulturelle Begegnung und die ehrenamtliche Bildungsarbeit fördern.

Eine aktuelle Aufgabe ist die politisch beschlossene Entwicklung und Umsetzung des Konzepts Spätaussiedler und -aussiedlerinnen.

Integration durch Arbeit und berufliche Qualifizierung

Das Ziel gesellschaftlicher Partizipation und Integration in den Arbeitsmarkt soll durch ein Konzept zur Interkulturellen Personalentwicklung in der Stadtverwaltung unterstützt werden.

Von besonderer Bedeutung ist die Erhöhung des Anteils der Auszubildenden mit Migrationshintergrund. Dabei sollen die städtischen Möglichkeiten zur Verbesserung der Chancen Jugendlicher mit Migrationshintergrund im Ausbildungssystem und zur Erhöhung der Ausbildungsquote in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Berufsbildungseinrichtungen und Partnern der Essener Wirtschaft geprüft werden.

Die Schaffung ausreichender Angebote zum nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen und ausbildungsbegleitenden Hilfen in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit, der IHK (BQN), den Weiterbildungseinrichtungen und der Jugendhilfe soll den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern.

Außerdem sollen Möglichkeiten der Förderung von Existenzgründungen und unternehmerischer Selbständigkeit vor allem auch weiblicher Zugewanderter in Zusammenarbeit mit der EWG, der IHK und durch Schaffung von Ansprechpartnern in der Verwaltung geprüft werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die EWG eine Arbeitsgruppe „ethnische Ökonomie“ einsetzt, um unter anderem die Frage eines „Orientalischen Kaufhauses“ zu beleuchten.

Integration in der Stadtteilarbeit und Stadtentwicklung

In der Stadtplanung und Stadtentwicklung sollen alle städtischen Möglichkeiten unter Beteiligung des Integrationsbeirates und Integrationsausschusses genutzt werden, um der Entstehung von Parallelgesellschaften vorzubeugen und eine soziale Ghettobildung in einzelnen Stadtteilen zu verhindern.

Dazu sollen die Maßnahmen zur Prävention und Vermittlung bei interkulturellen Konflikten in Zusammenarbeit mit den Selbstorganisationen und den verschiedenen Akteuren in den Stadtteilen fortgesetzt und weiterentwickelt werden.

Integration durch Kultur und Begegnung

Die Veränderung der Bevölkerungsstruktur und die besondere Bedeutung kultureller Teilhabe für Bildung und Integration verlangt die Einbeziehung interkultureller Aspekte auch in der Kulturpolitik. Dazu gehören die Berücksichtigung interkultureller Angebote in den kulturellen Einrichtungen und der städtischen Kulturförderung und die Überarbeitung und Anpassung der kulturpolitischen Leitlinien an die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen.

Integration der älteren Migranten/-innen

Die zunehmende Anzahl von Migranten und Migrantinnen im Seniorenalter und mit Pflegebedarf verlangt die Berücksichtigung dieser Gruppe in der Senioren- und Behindertenarbeit sowie den städtischen Gesundheitsdiensten.

Notfälle

Beide Partner begrüßen die Vorstellungen des Oberbürgermeisters lange hier lebende und gut integrierte Familien mit Kindern aus humanitären Gründen nicht abschieben zu wollen und unterstützen ihn in diesem Vorhaben (z.B. durch eine Arbeitsgruppe).

Integrationsausschuss / -beirat

Die Aufgaben des neuen Integrationsausschusses und die Zukunft der Steuerungsgruppe interkulturelle Arbeit werden gemeinsam mit dem neuen Integrationsbeirat geklärt. Wir sind uns einig, dass die RAA/ Büro für interkulturelle Arbeit nicht zerschlagen werden soll.

Generelle Verfahrensfragen

- Die Vereinbarung über die Zusammenarbeit von CDU und GRÜNEN wird für die Ratsperiode 2004 bis 2009 geschlossen.
- Die Vereinbarung ist Grundlage für das Agieren in Rat, Ausschüssen und sonstigen Gremien. Es wird nicht mit wechselnden Mehrheiten abgestimmt, soweit es sich um die Verwirklichung der verabredeten Politik handelt. Der Haushalt und die Entscheidungen, die sich aus der Umsetzung der Kooperationsvereinbarung ergeben, werden einvernehmlich verabschiedet. In den übrigen Bereichen soll im Zeichen gegenseitiger Achtung und Rücksichtnahme Raum für eigene Akzentsetzungen bestehen. Die frühzeitige gegenseitige Information über eigene Initiativen ist selbstverständlich. Wird nach dem ernsthaften Bestreben, eine gemeinsame Mehrheit zu finden, keine Einigung erzielt, können in Einzelfällen Dissenspunkte bzw. Dissensbereiche vereinbart werden.
- Ein rechtzeitiger, regelmäßiger und enger Informationsaustausch wird auch durch Abstimmungsgespräche vor allen Gremiensitzungen sichergestellt.
- Es wird ein Koordinations-Arbeitskreis gebildet. Dieser Koordinationsarbeitskreis hat die Aufgabe, die kontinuierliche Zusammenarbeit sicherzustellen, neue Initiativen abzustimmen und in Konfliktsituationen Lösungen zu suchen. Der Arbeitskreis tagt monatlich, bei Bedarf auch häufiger. Er ist unverzüglich einzuberufen, sofern von einer Seite Bedarf angemeldet wird.
- Die Parteien vereinbaren, zur Mitte der Ratsperiode eine Halbzeitbilanz zu erstellen, um die Zusammenarbeit in der ersten Hälfte der Ratsperiode gemeinsam zu bewerten.

Essen, den 30. November 2004

Christlich Demokratische
Union Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Essen
Kreisverband Essen

Bündnis 90/ Die Grünen

Ratsfraktion Essen
Kreisverband Essen

Franz-Josef Britz MdL

Dr. Bernhard Görgens